



GÖTTINGER BLÄTTER

02.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Lernen zu sterben

Göttinger Berufsbildungsmesse bietet auch ausgefallene Berufswünsche

Am Samstag, dem 11. Februar bieten wieder knapp 150 Aussteller interessierten Schülerinnen und Schülern unserer Region in der BBS 2 (Godehardstrasse) Einblicke ins Berufsleben und werben um neue Auszubildende. Auch Gewerkschaft, Studentenwerk und Arbeitsamt wollen die künftigen Werkstätigen beraten, Fotoshooting und Bewerbungstraining inklusive.

Doch ein faules Ei hat sich unter die Aussteller gemischt, einer spielt nicht mit so ganz offenen Karten. Gleich am Eingang der Sporthalle wird sich unsere Bundeswehr aufbauen, Ausbildungs- und Studienplätze anpreisen und Karriereplanungsoffiziere die Karrieren der jungen Leute schon mal anplanen.

Nicht wirklich im Zentrum der Gespräche wird vermutlich eine der möglichen Karriereenden stehen, nicht allen Soldaten ist es bekanntlich vergönnt, den „Strohlot“ zu sterben. „Kein Werben fürs Sterben!“, die Forderung beispielsweise der SDAJ, die nicht auf das glitzernde Erfolgsversprechen der Militärs hereinfallen mag. Doch sterben lassen geht in beide Richtungen, das Kerngeschäft des Militärs geht ja in die andere Richtung. Auch das sieht man nicht in den glänzenden Plakaten, die an allen Orten herum hängen, seit die Bundeswehr von Zwangsauf Freiwilligendienst umgestellt hat.

Noch weniger als der Heilige Petrus quasi als letzter Uffz ist allerdings die Rolle unserer Bundeswehr im Blick. Fluchtursachen will man bekämpfen, Mädchen die Schulausbildung ermöglichen und den einen oder anderen Trinkwasserbrunnen bohren respektive sprengen. Humanitäre Aufgaben! Eine Armee eines im Dienste einer imperialistischen Nation fährt also in Kriegsgebiete, um dort Menschenleben zu retten, Infrastrukturen auszubauen und vielleicht der einen oder anderen Entenfamilie über die Strasse zu helfen. Zitronenfalter falten Zitronen, die Erde ist eine Scheibe und die Bundeswehr

möchte die Schule der Nation sein. Sagen wir ihnen, was wir davon halten!

Denn gegen diese verharmlosende Präsentation und gegen die immer weiter verbreitete Werbung für die Truppe richtet sich mehr und mehr Widerstand. Gegen 12 Uhr mittags will die SDAJ gegen diesen Stand vor Ort protestieren, je mehr zur Unterstützung kommen, desto schwieriger wird es den Organisatoren fallen, diesen Protest schnell mundtot zu machen.

Und auch sonst wollen wir gegen die schleichende Militarisierung in unserem Alltag vorgehen. Die Stadtwerke sind nicht so verarmt, dass sie einen Bus als Werbefläche für die ehemalige Reichswehr vermieten müßten, auch andere Stellen in Göttingen sind ohne Werbung für „Kameradschaft“ sicher schöner. An der Universität stehen wir für eine effiziente Zivilklausel, Drittmittelforschung zu militärischen Zwecken soll es in Göttingen nicht geben. Betriebe, die für die Rüstung arbeiten sollen als das gekennzeichnet werden, was sie sind: Beihelfer zum Elend auf dieser Welt. Deutschland ist bei allen laut gekrähten Vorbehalten

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Lernen zu Sterben	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europa	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke	11
Münch. Sicherheitskonferenz	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2017
ist der 17. Februar.
Auslieferung am 23. Februar.

drittgrößter Waffenexporteur, dies darf nicht so bleiben.

All dies ist ein weiter Weg zu gehen, den ersten Schritt machen wir auf der Göbit, **11. Februar, 12 Uhr, BBS 2** in der Sporthalle.

► Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler?

Die SPD Kreisfraktion hat sich was überlegt, sie möchte, dass die Schülerinnen und Schüler endlich gleiche Chancen genießen. Da stellt man als Sozialdemokrat ein Antrag in der Dezembersitzung des Kreistages unter dem Titel „Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler“. Darin wird appelliert „an die Schulleiterinnen und Schulleiter der Gymnasien und Gesamtschulen im gemeinsamen Schulbezirk von Stadt

und Landkreis Göttingen, das Aufnahmeverfahren an ihren Schulen ab dem Schuljahr 2017/2018 rechtskonform und im Interesse der Schülerinnen und Schüler gerecht auszugestalten. Die Landesschulbehörde wird gebeten, auf ein rechtssicheres Anmeldeverfahren hinzuwirken. Der Kreistag appelliert an den Rat der Stadt, sich dieser Resolution anzuschließen.“

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Verfahren gegen den Verfassungsschutz

**Auszug aus der Erklärung Silvia Gingolds vor dem Verwaltungsgericht
Wiesbaden am 12. Januar 2017**

Es ist jetzt mehr als 40 Jahre her, da ich schon einmal vor Gericht mein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung einklagen musste. 1975 war ich aus dem Schuldienst entlassen worden auf der Grundlage von „Erkenntnissen“ des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen, die dieses Amt seit meinem 17. Lebensjahr über mich gesammelt hatte. Es waren Aktivitäten wie z.B. die Teilnahme an Demonstrationen gegen den Krieg in Vietnam oder mein Eintreten für gleiche Bildungschancen, die als Beleg für angeblich „verfassungsfeindliche“ Aktivitäten galten.

Dass ich heute – inzwischen Rentnerin – immer noch oder wieder unter Beobachtung des „VS“ stehe und zwar ausschließlich wegen meiner antifaschistischen und friedenspolitischen Aktivitäten empfinde ich als Skandal. Ich bin in einer Familie aufgewachsen, die Verfolgungen durch die Nazis ausgesetzt war.

Nach Deutschland aus der Emigration zurückgekehrt, war meine Familie ab 1956 erneut Repressalien ausgesetzt: Hausdurchsuchung am Tag des KPD-Verbots, Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit, Bespitzelungen durch den „Verfassungsschutz“, – erst meine Eltern, dann auch ich – Berufsverbot. [...]

Können Sie sich unter diesem Hintergrund vorstellen, wie es sich für mich anfühlt, wenn ich heute wegen Lesungen aus der Biographie meines Vaters, wegen meines Einsatzes gegen Neonazis, gegen Ausländerhass und Rassismus, gegen Militarisierung, Waffenexporten und Kriegseinsätzen der Bundeswehr bespitzelt und als verfassungsfeindlich kriminalisiert werde?

Das Landesamt für Verfassungsschutz wirft mir vor: „Dabei setzt sie den aus ihrer Familiengeschichte resultierenden extremen öffentlichen Bekanntheitsgrad bei ihrer Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppen ‚medien- und werbewirksam ein‘“ Dazu sage ich: Ja, diese Erfahrungen meiner Eltern setze ich dafür ein, dass sich das, was sie erleben mussten, nie wiederholt. [...]

Besonders skandalös empfinde ich es, wenn der „Verfassungsschutz“ als Rechtfertigung für seine Beobachtung meine Aktivitäten für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) heranzieht. Es wird behauptet: „Bezüglich dieser Organisation liegen tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor.“

Mein Vater gehörte mit anderen Überlebenden der Konzentrationslager und des Widerstands in Hessen zu den Gründungsmitgliedern dieser antifaschistischen Organisation, deren Ziel es war und immer noch ist, die Erinnerungen an die Verbrechen der Nazis und den Widerstand gegen dieses Regime zu bewahren und die Wachsamkeit zu schärfen gegen alle Erscheinungen des Nationalismus, des Rassismus, des Antisemitismus und Militarismus.

Zu den Grundaussagen der Organisation gehört der „Schwur von Buchenwald“ – gesprochen von den Überlebenden KZ-Häftlingen am 19. April 1945. Selbst der US-Präsident Barack Obama würdigte bei seinem Besuch in der KZ-Gedenkstätte dieses Vermächtnis. Diesen Schwur von Buchenwald missbraucht das Landesamt

für Verfassungsschutz als Beleg für linksextremistische Bestrebungen der VVN.

In der Begründung des VS für die Nichtvorlage oder Schwärzungen von Akten heißt es u.a.: „Zudem handelt es sich um hochsensibles Aufkommen, da die Informationen aus persönlichen Gesprächen gewonnen wurden.“ Und an anderer Stelle: „Die in den Akten dokumentierten, hier nicht vorgelegten Erkenntnisse stammen aus nachrichtendienstlichen Erkenntnisquellen, die durch sachkundige Mitarbeiter des LfV überprüft und bewertet worden sind... Ihr Offenlegen im gegenständlichen Verwaltungsstreitverfahren würde Rückschlüsse auf die Art der Erkenntnisquellen zulassen, die zu Gefahren für Leib und Leben von Personen führen könnten...“

Können Sie sich vorstellen, wie es sich für mich anfühlt, wenn sich die Beobachtung meiner Person nicht nur auf öffentlich zugängliche Quellen stützt, sondern die Bespitzelung auch in persönlichen Gesprächen meines Umfelds bis hin zum Ausspähen meiner e-mail-Korrespondenzen stattfindet, wie dies ebenfalls in der Sperrerklärung eingeräumt wird? Und wie es sich für mich anfühlt, wenn der Eindruck erweckt wird, es handle sich bei mir um eine gefährliche Person, die gar eine reale Bedrohung für Mitarbeitende des VS darstellt?

Angesichts der tatsächlichen terroristischen Bedrohung durch fremdenfeindliche und rassistische Gewalttaten, NSU-Morde oder Anschläge, wie auf den Weihnachtsmarkt in Berlin empört mich eine solche Unterstellung und macht mich fassungslos.

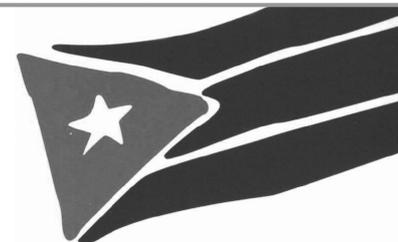
Ich erhoffe mir von diesem Verfahren, dass das Gericht die Rechtswidrigkeit der Beobachtung und Bespitzelung meiner Person durch den „Verfassungsschutz“ feststellt und die Löschung aller über mich gesammelten Daten anordnet. Ich erwarte dass Sie meinem durch die Verfassung geschützten Recht auf Meinungsfreiheit Geltung verschaffen.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 14. Februar, 20:00 im Berliner Hof



VNB unser Kooperations-
u. Bildungspartner:
Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Das war das Jahr 2016 in Lateinamerika und der Karibik

Putsche, Eingriffe der USA und Gewalt bestimmten das vergangene Jahr. Aber auch ein Erstarren der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. (Von Javier Tolcachier, Übersetzung: Klaus E. Lehmann, amerika21)

Wenn in diesem Jahr in Lateinamerika etwas vorangekommen ist, dann war es der politische Rückschritt. Am schwerwiegendsten war dabei der parlamentarische, mediale und juristische Putsch in Brasilien. Mit der jüngsten Verabschiedung des Verfassungszusatzes PEC 55 werden die öffentlichen Ausgaben in der Verfassung für 20 Jahre eingefroren. Damit wurde auch die Möglichkeit auf Eis gelegt, Millionen Menschen aus der Armut zu holen.

Die putschistische Regierung in Brasília hat gemeinsam mit der von Paraguay und der Regierung des Medienkonzerns Clarín und argentinischer Unternehmen zudem die Absicht, die regionale Integration zu beenden oder sogar rückgängig zu machen. Gemeinsam mit den Staaten der Pazifik-Allianz dienen sie als Brückenkopf der USA, um die verlorene Hegemonie über die Region zurückzuerlangen.

Deshalb war Venezuela als Pionier und Vorreiter der solidarischen Integration im vergangenen Jahr Ziel zorniger Angriffe mit Putschintention. Trotz des überbordenden medialen Sperrfeuers und den Attacken einiger offizieller Vertreter wie des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Luis Almagro, trotz des Wirtschaftskrieges und der Finanzspekulation ist die boliviarische Regierung stabil.

Von Gewalt wurde in diesem Jahr auch Zentralamerika verwüstet, das die höchsten Mordraten der Welt aufweist. Es war eine Gewalt, die auch Mexiko zerstört, das ebenso wie Chile und Peru eine Geisel des neoliberalen Systems ist.

Es ist eine physische und wirtschaftliche Gewalt, die die Anzahl der Migranten hat anwachsen lassen. Eine Gewalt, die auch bei den jüngsten Ausbrüchen von Fremdenfeindlichkeit ihr diskriminierendes Antlitz gezeigt hat.

Auch die Institutionen der regionalen Integration erfuhren einen Rückschritt oder bestenfalls eine ernsthafte Stagna-



Polizisten verweigern Bürgern den Zugang zu einem zentralen Platz am „Tag der Fahne“ in Buenos Aires

tion. Bereits das vierte Gipfeltreffen der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (Celac) in Quito ließ über alle Rhetorik der Deklarationen hinaus den unterschweligen Riss zwischen den verschiedenen politischen Projekten erahnen. Dort die regressiven Allianzen des Pazifikraumes, die Verteidiger der OAS und des Neoliberalismus, hier die Triebkräfte der souveränen Integration in Celac, Unasur (Union südamerikanischer Nationen) und Alba (Bolivarische Allianz).

Auf regionaler Ebene setzte die Dreifachallianz aus Argentinien, Brasilien und Paraguay innerhalb des südamerikanischen Wirtschaftsverbandes Mercosur zu einem institutionellen Putsch an: Sie erkannte die Präsidentschaft Venezuelas

nicht an und suspendierte das Land aus dem Block. Ende des Jahres wurden wir so Zeugen beschämender Parallelsitzungen und eines unerhörten physischen Angriffs auf die venezolanische Außenministerin durch die argentinische Polizei.

Dennoch gab es nicht nur schlechte Nachrichten, denn in Kolumbien wurde, wenn auch mit Hindernissen und Schwierigkeiten, der Frieden zwischen der Regierung und der Guerillaorganisation Farc unterzeichnet, während in Nicaragua, El Salvador, Bolivien und Ecuador die Veränderungsprozesse zugunsten der Bevölkerungen fortgeführt werden konnten.

Trotz der internen Differenzen führte die Unasur den Kampf zugunsten der souveränen regionalen Einheit fort. Teil dieser Aktivitäten war die wichtige Begleitung des in Venezuela zwischen Regierung und Opposition eingerichteten Verhandlungsprozesses. Aber auch politische Projekte und Aktionen wie eine Initiative zu Medikamentenpreisen, eine Schule für Friedensmediatoren, die Initiierung der Kampagne „Soy del Sur“, die Debatte über eine lateinamerikanische Staatsbürgerschaft und die Durchführung des II. Forums für Staatsbürgerliche Partizipation waren Lichtschimmer an einem Horizont voller Gewitterwolken.

Eine weitere gute Nachricht ist die Reaktivierung der Bank des Südens einschließlich behördlicher Institutionen und der Erneuerung von Verpflichtungen zur Bereitstellung von Einlagen verschiedener Mitgliedsländer.

(...) weiter auf Seite 5

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Berufsverbote in Niedersachsen vor dem Ende?

Die niedersächsischen Landtagsfraktionen der SPD und Grünen haben sich zur Rehabilitation eines Teils des kalten Krieges entschlossen: Jenen Genossinnen und Genossen, denen seit fast 45 Jahren wegen ihrer Tätigkeiten in vermeintlich verfassungsfeindlichen Organisationen wie DKP, Rote Hilfe, Teile der Linkspartei oder wie in Bayern auch die VVN-BdA die Beschäftigung im öffentlichen Dienst verweigert wurde. Es wurde Duckmäusertum gefordert. Nun wurden im Dezember die Berufsverbote „bedauert“ und den betroffenen Opfer wurde „Respekt und Anerkennung“ ausgesprochen. Der Antrag schreibt sogar ausdrücklich, dass zwar formell die Gleichheit zwischen Rechts- und Linksextremisten bestehen sollte, jedoch faktisch „vor allem politisch Aktive des linken Spektrums: Mitglieder kommunistischer, sozialistischer und anderer linker Gruppierungen, bis hin zu Friedensinitiativen“ betroffen waren. (siehe Drucksache: 17/7150) Eine politische und gesellschaftliche Rehabilitation wird von der Landesregierung gefordert, wie auch eine Aufarbeitung mit Betroffenen, Gewerkschaften und wissenschaftlichen Kräften.

Damit geht Niedersachsen als erstes Bundesland voran. Erinnerung sei daran, dass ein aktueller grüner Ministerpräsident – sogar selbst ein ehemaliger Betroffener von Berufsverboten – sich im Jahr 2015 gegen eine Rehabilitation von Betroffenen stellte. Der Beschluss Niedersachsens ist aber nicht vom Himmel gefallen. 45 Jahre kämpften zehntausende Betroffene gegen das BRD-Unrecht, das sie nur wegen ihrer politischen Ansichten bestrafte. In den vergangenen Jahren war es auch nicht ruhiger geworden. In März 2012 fand in Göttingen eine Debatte mit gewerkschaftlicher Beteiligung aus Anlass „40 Jahre Berufsverbote“ an der IGS statt. Auch im letzten Jahr gab es eine Ausstellung im Neuen Rathaus zu den Berufsverboten, die von Oberbürgermeister Köhler in Anwesenheit von Opfern eröffnet wurde.

Aber auch landesweit beeindruckte die kontinuierliche Arbeit von Betroffenen und Gewerkschaftern, die mit Petitionen, Gesprächen und Veranstaltungen auf das Unrecht der BRD hingewiesen haben. In Niedersachsen waren das vor allem unsere Genossen Mathias Wietzer (Kandidat auf der Landesliste der DKP Niedersachsen zu den Bundestagswahlen aus Hannover), Jürgen Reuter (DKP Braunschweig) und Udo Paulus (Hildesheim).

Das Kapitel Berufsverbote in der BRD ist allerdings längst nicht abgeschlossen, der Versuch, den parteilosen Antifaschisten Michael Csaszkóczy aus der Schule in Baden-Württemberg zu entlassen, war erst vor wenigen Jahren. So auch die (Wieder-)Überwachung der VVN-BdA-Aktivistin und Kommunistin Sylvia Gingold (die Tochter von Peter Gingold) wegen einer Rede auf der Demonstration gegen Berufsverbote durch den Verfassungsschutz Hessen. Und ganz frisch ist der Fall des Münchener DKP-Mitgliedes Kerem Schamberger, wo der dortige „Verfassungsschutz“ ihn wegen Mitgliedschaft in gleich vier „extremistischen“ Organisationen (DKP, Rote Hilfe, VVN-BdA und SDAJ) eine Anstellung an der Universität München verzögerte und eigentlich unmöglich machen wollte.

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 14. Februar, 20:00 Uhr

Antimilitarische Arbeit der DKP Göttingen (Referent: Toto Lyna)

MV Dienstag, 28. Februar, 20:00 Uhr

Bundestagswahlkampf der DKP Göttingen (Referent: Stephan W.)

Aber auch die Entlassung des kurzfristigen Bau-Staatssekretär Andrej Holm aus der Universität Berlin wegen einer vergessenen Angaben zu seiner Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

Nicht zu vergessen, dass der jetzige Beschluss der Mehrheit des niedersächsischen Landtags gegen Stimmen der CDU und FDP erzwungen wurde. Das zeigt, dass der Weg zu einer Demokratisierung der BRD noch lang ist. Die Schritte der Bundesregierung zu mehr Überwachung, Abschiebung und urteilsfreien Verhaftung sowie die Aufrüstung von Polizei, Verknüpfung der verschiedenen Geheimdienste und die Überlegungen, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, zeige, wie steinig dieser Weg noch ist..

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

Rote Fahnen
sieht man besser!

**Jetzt 4 Wochen
kostenlos
probelesen!**

Name Vorname

PLZ / Ort / Straße Nr.

E-Mail

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

www.unsere-zeit.de

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► The never ending story – Leerstand in Grone

Auch auf die Gefahr hin die geneigte LeserInnenschaft zu langweilen: Grobian muss in Grone weiter die leeren Wohnungen im Blick haben, denn wir wohnen hier!

Daher stellte Hendrik Falkenberg jetzt im Ortsrat Grone am 26. Januar folgende Anfrage:

Konkret lauteten die Fragen:

1. Wie viele Wohnungen sind bisher renoviert worden?
2. Wie viele weitere Renovierungen sind konkret in Planung?
3. Wie viel wurde vom städtischen Geld bisher abgerufen?
4. Wieviel kostete bisher die Renovierung der Wohnungen durchschnittlich pro Einheit?
5. Wie viele Wohnungen wurden bisher im Zuge dieses Vertrages neu belegt?
6. Inwieweit wurde tatsächlich an Personen mit dringendem Wohnbedarf,

die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben, z.B. Geflüchtete vermietet?

7. Gab es bisher Differenzen zwischen den Belegungsvorschlägen der Stadt und der konkreten Vermietung durch Westgrund?

Die Beantwortung war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Wohnraumschutzgesetz

Und um mal über den Tellerrand zu schauen: In Hamburg wurde laut TAZ vom 11.11.2016 endlich zum ersten Mal das Wohnraumschutzgesetz angewendet, um einem Immobilienbesitzer die Verfügungsgewalt über sein Eigentum zeitweilig zu entziehen, weil er leerste-

hende Wohnungen seit Jahren nicht vermietet. Ein Treuhänder wird eingesetzt, der notwendige Renovierungen auf Kosten des Vermieters beauftragt und die Wohnungen vermietet. Erst danach erhält der Eigentümer die Verfügungsgewalt über seinen Besitz zurück und ist an die Mietverträge gebunden.

Klingt gut und auch folgerichtiger, als Immobilienbesitzern Geld zu schenken, das sie zur Wertsteigerung in ihr Eigentum investieren können. Aber Niedersachsen hat eben kein entsprechendes Wohnraumschutzgesetz, das übrigens in Hamburg auch jetzt erst wie beschrieben angewendet wird. Bestrebungen, dies für Niedersachsen zu ändern, gibt es durchaus. Es könnte auch die Zweckentfremdungsverordnung der 90er Jahre wieder zur Geltung gebracht werden.

Auch im Rat der Stadt Göttingen sowie im Sozialausschuss wurden entsprechende Anträge gestellt. Bislang ohne befriedigendes Resultat. Wie gesagt: Es gilt, am Ball zu bleiben.

(bs)

(...) Fortsetzung „Das war das Jahr 2016 ...“ von Seite 3

Am bedeutsamsten waren zweifellos die unzähligen Aktionen der sozialen Bewegungen, die die Herausforderung angenommen haben, der konservativen Flut zu widerstehen.

Das Jahr war von massiven Studentendemonstrationen, riesigen Mobilisierungen für den Frieden in Kolumbien, Professoren- und Lehrerstreiks in Chile und Mexiko, vielfältigen und kreativen Aktionen gegen das Transpazifische Partnerschaftsabkommen (TPP), bedeutsamen Kundgebungen gegen den Fujimorismus in Peru sowie Besetzungen tausender Schulen und Universitäten in Brasilien und Paraguay gekennzeichnet.

Die Organisatoren der Linken und der Gewerkschaften organisierten – gemeinsam mit zahlreichen Basisgruppen – breite Proteste gegen den Putsch in Brasilien. Die Bauernschaft mobilisierte für die Erfüllung getroffener Vereinbarungen in Kolumbien und Paraguay, während die Aktionen für die Verteidigung von

Land in Honduras, Mexiko, Kolumbien, Peru und Guatemala vielfältige Formen annahmen. Überschattet wurden diese Mobilisierungen von der Ermordung zahlreicher Anführerinnen und Anführer durch gedungene Mörder, um die Teilnehmer der sozialen Proteste abzuschrecken und die Bewegungen zu stoppen.

Auch in Argentinien hat die Repression zugenommen. Mit dem Widerstand der Bevölkerung, der in Ablehnung der macristischen Politikstrategien die Straßen füllte, ging eine neue Welle politischer Verfolgung einher. Honduras und Guatemala waren Schauplätze breiter Proteste gegen Korruption und Kriminalität in den Regierungen, während unter der Parole „Ni una Menos“ eine einmütige Empörung über Frauenmorde und geschlechterspezifische Gewalt die gesamte Region erfasste. Besonders beeindruckend war die Beteiligung von Millionen Kubanern an der Verabschiedung ihres Revolutionsführers Fidel

Castro bei seiner posthumen Fahrt über die gesamte Insel.

Auf hunderten Foren, Kongressen, Symposien und Tagungen bewiesen die sozialen Bewegungen durch eine wachsende Vernetzung die Fähigkeit, die Einheit in Vielfalt aufrechtzuerhalten. Ihnen war klar, dass der Protagonismus des Widerstandes gegen das Anbränden des Neokolonialismus einmal mehr vom Volk selbst ausgehen muss.

Was mag das Jahr 2017 bringen? Dort, wo Regierende mit Kälte im Herzen herrschen, werden die sozialen Konflikte zunehmen und möglicherweise auch die institutionelle Repression, um den ungerechten Zustand der Dinge aufrecht zu erhalten. In den Ländern, die von progressiven und revolutionären Prozessen geleitet werden, werden wir – wie schon zuvor – den wiederholten konterrevolutionären Angriff erleben, um zu versuchen, die dortigen Linksregierungen zu untergraben, zu stürzen oder zu ersetzen.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

am **Donnerstag, 23. Februar 2017, 19.00 Uhr**
bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Mandatsprüfung, Beschluss über Tagesordnung, Sitzungsleitung, Protokoll
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission für die Wahl der Vertreter*innen zum Landesausschuss
3. Wahl der Vertreter*innen zum Landesausschuss
4. Beschluss zur Neuwahl des KSR bei der nächsten KMV
5. Vorbereitung Landesparteitag am 4./5. März
6. Berichte aus der Kommunalpolitik und den Ortsverbänden
7. Anträge
8. Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Nächster Termin im März.

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Der nächste Termin für eine OMV steht noch nicht fest, wird aber rechtzeitig auf der facebook-Seite des OV angekündigt.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Mittwoch, 22. Februar um 19:00 Uhr im Alevitischen Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mittwoch, 8. Februar, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 7. Februar, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

**Personalmangel im
Krankenhaus gefährdet
Ihre Gesundheit.**

Mehr Personal
für Bildung, Pflege
und Gesundheit!



KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

► **Militarisierungsschub als Antwort auf Brexit und US-Wahl?**

Mehrere Ereignisse haben entscheidende Weichen für die künftige europäische Außen- und Sicherheitspolitik gestellt – in Richtung massiver Militarisierung. Doch es muss eine Alternative zu Aufrüstung und militärischen Interventionen geben, warnt Sabine Lösing.

Den Anfang machte das Votum der britischen Bevölkerungsmehrheit für einen Austritt aus der Europäischen Union am 23. Juni 2016. Kurz darauf veröffentlichte die EU eine neue Globalstrategie, die nun als neues Grundlagendokument für den gesamten außen- und sicherheitspolitischen Bereich fungiert. Und schließlich kam dann auch noch die Wahl Donald Trumps am 8. November 2016 hinzu.

Viele Jahre kam man mit der Militarisierung der EU nicht so schnell voran, wie gewünscht. Nun hat sich eine neue Situation ergeben. Einmal wirkt die Eskalation im Verhältnis zu Russland als mobilisierendes Element; zweitens vollzog Deutschland ab 2014 einen Schwenk hin zu einer deutlich aggressiveren Außen- und Militärpolitik; und schließlich könnte mit Großbritannien in absehbarer Zeit einer der vehementesten Gegner europäischer Militärstrukturen die Union verlassen. Hier dürfte auch der Grund liegen, weshalb einige Militarisierungsbefürworter den Briten keine Träne nachzuweinen scheinen.

In der Tat ließ man sich nicht allzu lange Zeit. Schon am 26. Juni einigte man sich auf eine neue EU-Globalstrategie, die nun die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 ersetzt. Kern der Strategie ist die Forderung nach einem massiven Ausbau des Militärapparates. Leider versäumt es die Globalstrategie der Frage nachzugehen, ob nicht die EU-Politik eine maßgebliche Mitschuld an der misslichen Lage – „der existenziellen Krise innerhalb und außerhalb der EU“ – trägt.

Da die EU von Fähigkeiten, wie sie in der Strategie gefordert werden, noch recht weit entfernt ist, legten die Außenminister Deutschlands und Frankreichs nur vier Tage nach dem britischen Referendum,

das augenscheinlich schon lange vorher ausgearbeitete Papier „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“ vor. Darin werden ohnehin längst anvisierte Forderungen erhoben, die von Großbritannien bislang blockierten Initiativen nun endlich umzusetzen. Genannt wurden etwa die Errichtung eines EU-Hauptquartiers, die Schaffung eines EU-Marineverbandes oder die „bessere“ Finanzierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Finanzierung der EU-Militärpolitik – aber wie?

Die Finanzierung der EU-Militärpolitik ist einer der entscheidenden Punkte. Dazu ist erstens zu betonen, dass sich die einzelstaatlichen Haushalte keineswegs im freien Fall befinden, auch wenn dies immer wieder suggeriert wird. Tatsächlich stiegen die Ausgaben nach Angaben der EU-Verteidigungsagentur in den letzten Jahren wieder an.

Dennoch sind fast alle EU-Staaten derzeit weit davon entfernt, zwei Prozent des BIP auszugeben. Da dies aber das mehr oder weniger offen erklärte Ziel ist, liegt die Überlegung nahe, sich am EU-Haushalt zu bedienen. Dem steht aber Artikel 41(2) des Vertrags von Lissabon im Weg. Er verbietet es, „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ aus dem EU-Haushalt zu bestreiten.

Dennoch wird derzeit auf verschiedene Arten versucht, dieses Verbot zu umgehen, wobei vor allem drei Vorhaben vorangetrieben werden. So sollen künftig Gelder des eigentlich zivilen Instruments für Stabilität und Frieden auch für den Ausbildung und Aufrüstung „befreundeter“ Soldaten in fremden Ländern

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

verwenden zu können; sollen ein EU-Rüstungsforschungshaushalt sowie ein „Europäischer Verteidigungsfonds“ eingerichtet werden.

In einer Situation, in der ohnehin schon so aktiv wie lange nicht über eine weitere Militarisierung der EU debattiert wird, lieferte die Wahl Donald Trumps nun eine weitere Rechtfertigung, weshalb dies anscheinend unbedingt erforderlich sein müsse. Eins ist jetzt bereits klar – die hochfliegenden Ambitionen werden sich mit dem aktuellen militärischen Planziel von 60.000 Soldaten nicht machen lassen.

Aus diesem Grund war auch die Revision des Planzieles eine zentrale Forderung des „Implementierungsplans für die Sicherheit und Verteidigung“. Er stellt den ersten wichtigen Zwischenschritt der Bratislava-Agenda dar. Darin ist detailliert festgehalten, für welche Einsatzarten die entsprechenden Fähigkeiten herausgebildet werden müssten. Dazu gehören so genannte „gemeinsame Krisenmanagementeinsätze in Situationen großen Risikos rund um die EU“, à la Libyen sowie „zivile und militärisch schnelle Einsätze, einschließlich militärischer Schneller Operationen unter Benutzung der Battlegroups“.

Diese Operationen sollen parallel durchgeführt werden können, sodass klar ist, dass es hierfür einen massiven Ausbau des EU-Rüstungssektors bedürfen würde. Das sind Geschenke an mörderische Rüstungs- und Waffenfirmen. Sie werden die eigentlichen Profiteure sein. Keine der vorgeschlagenen Maßnahmen wird Stabilität und mehr Sicherheit erzeugen. Frau Thatchers vielzitierte Haltung zu Sozialabbau und Armut „There is no alternative“ kennzeichnet auch die derzeitige Haltung zur EU als Militärunion. Jede Debatte erübrigt sich dann eigentlich. Aber es muss eine Alternative zu Aufrüstung und militärischen Interventionen geben.

► Bauernopfer Andrej Holm – R2G-Senat gerettet

Nach dem für die Berliner LINKE vollkommen überraschenden Wahlerfolg vom 18. Sept 2016 gab die Stimmung in der Berliner Bevölkerung mehrheitlich ein indirektes Mandat für den Versuch einer SPD-LINKEN-GRÜNEN-(R2G) Regierung. Die vielen Initiativen in Berlin, die mitgeholfen hatten, ein Umdenken bei der ehemaligen und jetzt wieder Regierungspartei DIE LINKE in den Themen Wasserprivatisierung, eigenes Energiewerk und Volksbegehren Mieten zu bewirken, blieben trotzdem skeptisch.

Staatssekretär und Bewegung

Auch um dieser Skepsis die Spitze zu nehmen, schlug die designierte Senatorin für Stadtentwicklung, Bauen und Mieten, K. Lompscher (LINKE), den parteilosen Aktivisten und Hochschuldozenten Andrej Holm vor. Der ist in der Berliner Mieten und Anti-Gentrifizierungsbe-wegung aktiv und anerkannt. Dies war ein taktisch kluger Schachzug, um den Initiativen die Vorbehalte an einer R2G-Regierung zu nehmen und sie einzubinden in den Versuch, außer- und innerparlamentarisch entscheidende Veränderungen zugunsten der ärmeren Mieter*innen zu bewirken. Bei mehr als 85% Mietern an der Berliner Gesamtbevölkerung bleibt für alle sozial engagierten Menschen die Mieterstadt Wien mit ihrem riesigen Bestand an Sozialwohnungen das große Vorbild.

Widerstand gegen den neuen Staatssekretär

Vom Zeitpunkt der Nominierung trommelte die gesamte Opposition (Afd, FDP, CDU) im Berliner Abgeordnetenhaus, die Springerpresse, der in Westberlin wirkmächtige ‚Tagesspiegel‘, sowie der öffentlich-rechtliche Sender RBB (Radio Berlin-Brandenburg) mit der Unterstützung der in Berlin mächtigen Immobilienbranche gegen diese Personalle. Zuerst wurde kritisiert, dass Holm in ein Verfahren nach §129 b, Bildung einer kriminellen Vereinigung, involviert war, also quasi ‚Terrorist‘ sei. Dass sein Verfahren im Rahmen des Prozesses ge-

gen die damalige sog. ‚Militante Gruppe‘ aus dem linksradikalen Milieu eingestellt wurde, wurde zwar erwähnt, aber etwas bleibt ja immer hängen. Trotz allem wurde er, nach der Ernennung der Senatoren durch den gewählten OB Müller (SPD), am 16.12.16 in sein Amt berufen. Unterbrochen wurde das Trommelfeuer durch den furchtbaren islamistischen Anschlag, der um die Jahreswende alles andere überlagerte.

Dann machte der ‚Tagesspiegel‘ bekannt, dass Andrej Holm 1989 als damals 18-Jähriger ganze fünf Monate bei der Stasi bis zu deren Auflösung tätig war, das heißt hauptsächlich bei dem Wachbataillon Feliks Dzierzynski..

Holm war jetzt der Opposition und der Mehrheit der Hauptstadt- und Stasi, und OB Müller konnte als führungs-schwach hingestellt werden. Der ließ sich das nicht gefallen und forderte – wie man jetzt weiß – bereits am Do. 12.1. von den Senatoren Lederer (LINKE, vormaliger Landesvorsitzender) und Lompscher die Entlassung Holms. Am Freitag wurden dann 15.000 Unterschriften an den neuen Senat übergeben, die sich für einen Verbleib von Staatssekretär Holm aussprachen. Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung Junge Welt in Berlin wurde am Samstagmorgen 14.1. das Entlassungsvorhaben von OB Müller bekannt. Die LINKE als Partei reagierte auf diese Ankündigung defensiv und regierungstreu. Am Montag, 16.1., einen Tag nach dem Luxemburg-Lieb-knecht-Gedenken in Berlin-Friedrichs-felde, zog Holm selbst die Reißleine und erklärte seinen Rücktritt. Er wolle nicht der vorgeschobene Grund für ein Platzen von R2G sein. In der Senatsrunde am Dienstag, 17.1.17 wurde der Entlassungswunsch zu Andrej Holm durch ein vorgelegtes Entlassungsschreiben der Senatorin Lompscher ohne weitere Diskussion einstimmig verabschiedet. Am Folgetag erklärte nun auch die Leitung der Humboldt-Uni (HU), Herrn Dr. Holm nun leider als wissenschaftlichen Mitarbeiter entlassen zu müssen wegen falscher Angabe im Einstellungs-Fragebogen.

Der Einfluss der Wohnungsunternehmen und der Immobilienbranche

Dass die alte Westberliner SPD mindestens seit den 1960er Jahren tief mit dem Sumpf der hiesigen Bau-Mafia verbandelt ist, weiß man bundesweit spätestens seit dem Skandal um den Bau des Steglitzer Kreisels. Abhängigkeiten und Verbindungen dürften dort heute immer noch engstens bestehen, weil die SPD praktisch ununterbrochen an der Regierung war. Der manchmal auch offenerherzige Tagesspiegel schreibt in einem Artikel mit der Überschrift: „Brachte die Immobilienbranche Holm zu Fall?“ (19.1.): Nein. Gleichzeitig schrieb sie: Die Interessensverbände für Grundstücksverwertung, Immobilien und die Wohnungsunternehmen wollen: Keine oder wenig staatliche Eingriffe, wenig Bürokratie, aber trotzdem Express-Genehmigungen für Bauanträge, freier Markt für Investoren, statt Bebauungspläne Sonderbaurecht, Abbau von Regulierungen, Senkung der Grunderwerbssteuer, dichter und höher bauen und weniger Bürgerbeteiligung.

Holms (berufliches) Ende!?

Andrej Holm wurde also letztendlich einer wie immer gearteten Zukunft der rot-rot-grünen Regierung geopfert. Seine Ernennung zum Staatssekretär war aber das Chiffre für eine neue Wohnungspolitik, die die Immobilien-Branche in Angst und Schrecken versetzte. Er steht für einen radikalen Wechsel zu einer gemeinnützigen, genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft. Genossin Lompscher, als Senatorin mit einem geplant nur noch verwaltungserfahrenen neuen Staatssekretär, hoffentlich in der Zukunft auch noch.

Holm steht jetzt beruflich vor einem Scherbenhaufen.

Immerhin stellen sich seine Studenten an der HU geschlossen hinter ihn und mehr als 50 forderten auf der Pressekonzferenz der Uni-Leitung, dass Holm bleiben müsse. Sie besetzten zunächst bis zum Wochenende das Sozialwissenschaftliche Institut der HU. Mittlerweile gibt es Forderungen aus der LINKEN, Holm zum Koordinator der Wohn- und Mietenpolitik in der Bundestagsfraktion oder im Parteivorstand zu machen.

Rüdiger Deißler, Berlin-Charlottenburg

Aus dem Kreistag:

► Die Kreismusikschule muss erhalten bleiben

Die Kreistagsgruppe LINKE-PIRATEN-PARTEI versucht seit geraumer Zeit, Licht ins Gebaren von Führungspersonen bei VHS und KVHS zu bringen. Dabei geht es gar nicht so sehr um das Aufdecken von Skandalen, sondern um die Klärung zum Beispiel der Frage, ob es ein Missmanagement in der Leitung der Kreismusikschule gegeben hat und ob dieses ursächlich ist für Probleme, die die Kreismusikschule hat. So ist das Verhältnis zwischen der Leitungsebene und der Belegschaft offensichtlich gestört. Die Belegschaft verantwortlich zu machen ist sehr billig, denn die Belegschaft tut ihr Bestes und ist bei Eltern und Schülern anerkannt. Es ist eher zu vermuten, dass der Fisch vom Kopf her stinkt. Schon in der Vergangenheit haben Kreistagsmitglieder neoliberaler Parteien häufig Kritik

an der Kreismusikschule geübt und positive Statements zu privaten Musikschulen abgegeben. Aber nur mit der Kreismusikschule als nicht gewinnorientierter öffentlicher Musikschule ist eine musikalische Ausbildung jedes Kindes, unabhängig davon, ob es aus armem oder reichem Elternhaus stammt, möglich.

Die Kreismusikschule muss bleiben! Dabei sieht die Kreistagsgruppe den Betriebsrat als wichtigen Partner an. Die Kreismusikschule darf nicht dasselbe Schicksal erleiden wie die kommunale Musikschule in der Stadt Göttingen, die es seit Mitte der 90er Jahre nicht mehr gibt, stattdessen ausschließlich ein privates Angebot an Musikunterricht für Leute, die es sich leisten können. Außerdem unterliegen dort die Beschäftigten nicht

mehr den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes.

Nur die Kreismusikschule als nicht gewinnorientierte öffentliche Musikschule gewährleistet musikalische Früherziehung für jedes Kind und die Chance, ein Musikinstrument zu erlernen. So kann die Kreismusikschule die Grundlagen für ein lebenslanges Musizieren legen. Kunst und Kultur sind elementare Bestandteile des Menschseins und prägend für das gesellschaftliche Zusammenleben. Sie ermöglicht die individuelle Förderung des Einzelnen und die Hinführung zum eigenständigen und gemeinschaftlichen Musizieren. Auch besteht die Möglichkeit, besondere Zielgruppen (Kinder mit Behinderungen, Kinder aus sozial benachteiligten Familien, Kinder mit Migrationshintergrund) durch gemeinsames Musizieren besser zu integrieren und zu fördern. Allen Kindern soll der Zugang zur musikalischen Bildung eröffnet werden. Chancengleichheit fängt auch bei der kulturellen Bildung an, dazu kann unsere Kreismusikschule einen wichtigen Beitrag leisten – und dafür muss sie erhalten bleiben.

Am 13.02. wird sich eine Sondersitzung des Kulturausschusses voraussichtlich mit der Zukunft der Kreismusikschule beschäftigen. Es ist zu erwarten, dass die Verwaltung diese schließen möchte.

► Skandal um die Volkshochschule

Über die Volkshochschule Göttingen-Osterode ist aufgrund des Verhaltens des ehemaligen Geschäftsführers Thomas Eberwien in der Presse des Öfteren berichtet worden.

Das Dienstverhältnis mit Eberwien ist fristlos gekündigt worden, unter anderem wegen des Missbrauchs der Kreditkarte der VHS für private Ausgaben. Die Entscheidung der fristlosen Kündigung hält die Kreistagsgruppe für richtig. Der Ex-Geschäftsführer wird jetzt beim Landgericht gegen die ausgesprochene Kündigung eine Klage einreichen. Dass die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Eberwien eingestellt hat, stößt bei den LINKEN und ihren Gruppenpartnern auf großes Unverständnis:

Falls beim Landgericht ein Vergleich vorgeschlagen wird, damit es zu keiner gerichtlichen Entscheidung kommt, etwa dergestalt, dass Herrn Eberwien Gehälter nachgezahlt werden, wird sich die Kreistagsgruppe dagegen wenden. Das Geld,

das möglicherweise Herrn Eberwien gezahlt wird, fehlt beim Programm, den Kursen für Flüchtlinge oder den Beschäftigten, die jahrelang unter dem Verhalten des Geschäftsführers gelitten haben. Das Fehlverhalten des Geschäftsführers haben Beschäftigte der VHS aufgedeckt. Dazu gehört großer Mut.

Die Kreistagsgruppe wird beantragen, dass aus den Gesellschaften des Landkreises, dazu gehören GAB, VHS Göttingen-Osterode gGmbH und KVHS (Musikschule), regelmäßig in den Fachausschüssen des Landkreises berichtet wird. Durch die Ausgründungen ist demokratische Kontrolle durch die Kreistagsabgeordneten verloren gegangen.

Nachdem eine Anfrage der Kreistagsgruppe zur Kündigungsangelegenheit des ehemaligen Geschäftsführers Eberwien von Seiten der Verwaltung ziemlich nichtssagend beantwortet wurde, hat die Gruppe Linke-Piraten-Partei jetzt **Akten-einsicht** in den Vorgang **beantragt**.

► Konrad Kelm ist Bundestags-Direktkandidat

Am 17. Januar hatte die Wahlversammlung zur Aufstellung eines Kandidaten für den Bundestags-Wahlkreis 53 Göttingen stattgefunden. Dieser umfasst den größten Teil unseres Landkreises mit Ausnahme des größeren Teils des früheren Kreises Osterode.

Zur Auswahl standen zwei Kandidaten: Das Göttinger Ratsmitglied Edgar Schu, der in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre als Koordinator von Sozialprotesten bekannt geworden ist und der Kreistagsabgeordnete Konrad Kelm.

Dabei setzte sich Konrad im zweiten Wahlgang mit 15 zu zehn Stimmen bei zwei Enthaltungen gegen Edgar durch. Im ersten Wahlgang hatte Konrad zwar die meisten Stimmen, aber nicht die notwendige absolute Mehrheit erreicht.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Presseerklärung der GöLinken vom 13.01.2017:

Ein weiterer Hotelneubau statt Wohnungen

Die Göttinger Linke ist immer wieder überrascht über das Vorpreschen der Verwaltung

Dringendstes Problem in Göttingen ist momentan und mittelfristig vor allen der Bau von preisgünstigen Wohnungen. Darin sind sich in öffentlichen Stellungnahmen alle Ratsfraktionen einig. Immer wieder gibt aber die Verwaltung Handlungsmöglichkeiten der Stadt aus der Hand, indem sie geeignete Grundstücke und Immobilien an private Investoren verkauft. Die Göttinger Linke wird diesen Weg weiterhin nicht mitgehen und strikt dagegen opponieren.

Anfang der Woche eher noch mit Verwunderung, nun aber auch zunehmend mit Verärgerung muss die Ratsfraktion der Göttinger Linken registrieren, dass wir mal wieder über unsere Köpfe hinweg von der Verwaltung vor fast vollendete Tatsachen gestellt werden. Aus der Presse erfahren wir dezidiert, was uns im nächsten Bauausschuss u.a. erwartet. (Presseveröffentlichung im GT am 10.01., TO für den Bauausschuss am 09.01. zugemalt – zu dem Zeitpunkt noch ohne Anlagen).

Es soll also ein Hotel mit 144 Betten in der Leinaue auf einem Grundstück der GWG, sprich Stadt, erstellt werden, das bis vor Kurzem noch als Grünfläche im Entwurf zum Flächennutzungsplan ausgewiesen war. Der Verkauf an einen privaten Investor steht kurz bevor, und die Planungen für das Hotel befinden sich auch schon in einem fortgeschrittenen Stadium. Das ganze wird begründet mit der Potentialanalyse zum Hotelmarkt aus 2013. Heutiger Stand ist aber, dass wir seitdem die Neueröffnung B&B mit 102 Zimmern haben. Dass wir die Entstehung des Hotels am Groner Tor verfolgen können, dass wir von Planungen eines neuen Hotels auf dem Sartorius-Gelände in Kenntnis sind. Zudem laufen alle Überlegungen in Richtung eines Hostels im ehemaligen Gefängnis am Waageplatz. Was wir wirklich dringend brauchen und händeringend suchen sind Flächen für den Bau von bezahlbaren Wohnungen, möglichst durch unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft. Wenn private Flächen an private Investoren verkauft werden, ist es sicher schwierig für die Stadt damit zu konkurrieren. Wenn aber auch

noch eigener Grundbesitz verkauft werden soll, dann werden alle Bekundungen und Ratsbeschlüsse nach dem Motto „Wohnungsbau jetzt – aber wirklich“ zur Farce. Dass die Leineau begehrt ist bei privaten Investoren, konnte man in den letzten Jahren zur Genüge verfolgen. Da wurden die sogenannten Leinevillen als Eigentumswohnungen oder zu immensen Mietpreisen in größerer Zahl erstellt. Dass sich in der Leineau auch Normalbürger*innen ansiedeln könnten, wäre doch vielleicht auch mal nicht schlecht.

Bleibt für uns allerdings noch die grundsätzliche Frage offen, ob eine Bebauung in dem anvisierten Grüngürtel der Leineau überhaupt sinnvoll und vertretbar ist. Vor wenigen Jahren haben wir noch die Renaturierung der Leine, gerade in diesem Bereich gefeiert und den Freizeit- und Erholungscharakter in Nähe der Kernstadt betont. Von einer Herausnahme als Grün- und Freizeittfläche des jetzt zur Hotelbebauung vorgesehenen Teilstücks aus dem Entwurf zum Flächen-Nutzungsplan wurden zumindest wir bisher nicht informiert.

Auch wenn im nächsten Bauausschuss erst einmal „nur“ der Auslegungsbeschluss

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schuh

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 15. Februar, 19 Uhr
Neues Rathaus, Raum 1118
Thema: Doppelhaushalt**

gefasst werden soll, ist es unter den gegebenen Umständen für die Ratsfraktion der Göttinger Linken kaum vorstellbar, dass wir da zustimmen werden.

Neuer Fraktionsmitarbeiter für die GöLinke-Ratsfraktion



Mein Name ist Udo Trost, ich bin 62 Jahre alt und wohne seit 30 Jahren in Göttingen. Einen wesentlichen Teil meines Lebensunterhalts verdiene ich aktuell im Kollektiv bei puk-mincar als Kutscher.

Politisch sozialisiert wurde ich Anfang der 70er Jahre durch die Opposition gegen den Vietnamkrieg. Motiviert durch die Revolutionen und Umbrüche im Iran,

Nicaragua, El Salvador etc. nahm auch ich innerhalb der Linken in der BRD und in den Niederlanden am antiimperialistischen Kampf teil.

Meine politischen Schwerpunkte heute sind der Kampf um bezahlbaren Wohnraum und gegen die herrschende Flüchtlingspolitik.

Ich bringe kommunalpolitische Erfahrung mit, da ich schon einmal 2½ Jahre in der Position des Fraktionsmitarbeiters tätig war. So hoffe ich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit, wenn ich ab dem 1.1.2017 der Fraktion zuarbeite. Dann streite ich im Rathaus gerne mit für gerechtere Lebensbedingungen für alle.



Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51- 400 23 47
goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Editorial: Im Januar fand keine Ratssitzung statt. Aus aktuellem Anlass stellen wir hier unsere Pressemitteilung vom 12.01.2017 zu den Gewinnen der Sparkasse vor.

Göttinger Linke möchte, dass alle Bürger*innen am Rekordgewinn der Sparkasse teilhaben

Nach dem die Sparkasse Göttingen 2016 ein „Rekordergebnis“ eingefahren hat, nachdem die Deutsche Bundesbank mitgeteilt hat, dass alle niedersächsischen Sparkassen ausschüttungsfähig sind, fordert die Göttinger Linke, dass solche Ausschüttungen wie in anderen Städten endlich auch in Göttingen in angemessener Größenordnung stattfinden. Die Sparkasse befindet sich in öffentlicher Trägerschaft. Daher ist es aus Sicht der Göttinger Linken auch zu erwarten, dass sie entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit die Stadt und den Landkreis finanziell unterstützt.

In allen regionalen Medien und auf dem Neujahrsempfang wurde das "Rekordergebnis" der Sparkasse Göttingen für das Rechnungsjahr 2016 verkündet. Aber trotz mehrfacher Anfragen und Anträge der Göttinger Linken in der Vergangenheit ist es bisher nicht gelungen, von den Jahr für Jahr steigenden Bilanzgewinnen der Sparkasse auch nur einen erkennbaren Anteil davon dem Haushalt der Stadt Göttingen zuzuführen. Träger der Sparkasse sind aber Stadt und Landkreis Göttingen - das kennzeichnet ja gerade die Sparkasse gegenüber anderen Banken. Dieses Alleinstellungsmerkmal verpflichtet allerdings die Sparkasse auch dazu, entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag, Überschüsse an ihre Träger abzuführen, um die Kommunen unmittelbar in ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen.

Die Göttinger Linke erkennt dabei sehr wohl an, dass unter den derzeitigen ökonomischen Rahmenbedingungen und den Wirkungen der historischen Niedrigzinssituation keine Vollausschüttung der Gewinne erfolgen kann. Gleichwohl stellen wir fest, dass die Sparkasse aus dem Rekordgewinn eine Ausschüttung in Millionenhöhe leisten könnte. Die Rechtfertigung der Vergangenheit, die gesetzlich vorgeschriebene Kapitalquote von 10,5 Prozent müsse gesichert werden, kann nun wirklich nicht mehr geltend gemacht werden. Die Anforderung wird längst deutlich übererfüllt.

Nach dem Offenlegungsbericht der Sparkasse per 31.12.2015 beträgt das sogenannte harte Kernkapital EUR 208 Mio. Im veröffentlichten Jahresabschluss der Sparkasse selbst wird bestätigt: *„Die Kernkapitalquote beträgt 11,8 % und übersteigt damit ebenfalls deutlich den für 2015 vorgeschriebenen Wert von 6 %.“*

Die Bundesbank dürfte unverdächtig sein der Göttinger Linken zuzuarbeiten. Sie hat in einer im Juli 2016 veröffentlichten Studie das Ausschüttungsverhalten und die Ausschüttungsfähigkeit der Sparkassen bundesweit untersucht. Danach wurden schon 2012 von 418 Sparkassen 398 als ausschüttungsfähig eingestuft, in Niedersachsen sind alle 44 Sparkassen ausschüttungsfähig. Bundesweit haben ein Drittel aller Sparkassen (in Zahlen 140) bereits 2012 Ausschüttungen an Städte und Kreise vorgenommen.

In absehbarer Zeit dürfte die Hälfte aller Sparkassen zu Ausschüttungen übergegangen sein.

Was an Abführungen möglich ist, zeigt in Niedersachsen z.B. die Sparkasse Celle. Sie schüttete schon 2013 zwei Millionen Euro an die Stadt aus. In Düsseldorf geht der Oberbürgermeister gegen den Chef der Sparkasse vor und will ihn zu Ausschüttungen zwingen. Der will lieber 101 Millionen Euro aus 2014 in der Risikorücklage bunkern, als zumindest einen Teil davon den Bürger*innen zugutekommen zu lassen.

In Göttingen sollen nunmehr aus dem Rekordgewinn über 10 Millionen einbehalten werden. Die Göttinger Linke fordert zumindest einen Teil davon an den Stadthaushalt abzuführen. Wir müssten die Kita-Gebühren nicht erhöhen, könnten den öffentlichen Nahverkehr so subventionieren, dass keine Fahrpreiserhöhungen vorgenommen werden müssten, ein echtes Sozialticket schaffen, die medizinische Flüchtlingshilfe aufrechterhalten etc. Dies alles sogar ohne dabei den vielzitierten ausgeglichenen Haushalt anzutasten, bzw. andernorts Streichungen vorzunehmen.

Zu klären sind für uns folgende Fragen:

- Wie hoch sind die zum Geschäftsjahr 2016 bereits angehäuften Rückstellungen der Sparkasse?
- Wie hoch sind die geforderten gesetzlichen Rückstellungen im Falle der Sparkasse Göttingen?
- Was geschieht mit dem Reingewinn 2016 von ausgewiesenen über 10 Millionen Euro?
- Wie viel Euro dieses Reingewinns können von Stadt und Kreis von der Sparkasse zur Übertragung in deren Haushalte eingefordert werden? Die Rede ist anderenorts von mindestens einem Drittel.
- Wie hoch belaufen sich die Beträge, die aus den Gewinnen der letzten fünf Jahre an die Stadt Göttingen abgeführt wurden? (Wurden die angekündigten Beträge von jeweils 100.000 Euro pro Haushaltsjahr in den letzten Jahren durch die Sparkasse wenigstens geleistet?)

► Zur Münchner Sicherheitskonferenz

Im Februar findet in München wieder die sog. ‚Münchner-Sicherheitskonferenz‘ (<https://www.securityconference.de/>) statt, eine Propagandaschau von Militärs, Kriegsstrategen und Waffendealern unter der Leitung von Scharfmacher Wolfgang Ischinger. Und dieser ist besorgt.

Ischinger: „So viele Krisen“

In einem Gespräch mit dem SWR beklagte er: Die Ausgangslage 2017 sei geprägt von maximaler Unberechenbarkeit. Dieses Jahr könne zum entscheidendsten seit dem Fall der Mauer, ja vielleicht sogar seit Ende des 2. Weltkriegs werden. „So viele Krisen die wir weder beherrschen noch überblicken hat es noch nie gegeben, das ist historisch noch nie da gewesen“.

Geradezu zerknirscht gibt er zu: „Nach den frustrierenden Erfahrungen mit Interventionen, von Afghanistan über Irak bis Libyen, hat sich eine Interventionsmüdigkeit im Westen breit gemacht, die möglicherweise noch viel schrecklichere Folgen zeitigt als eine interventionistische Politik.“ Das Pendel des Selbstzweifels sei zu weit ins Negative geschwungen.

Soll heißen: Millionen Tote und zerstörte Länder durch die Interventionskriege des Westens sind hinnehmbar, wenn da nur nicht diese Selbstzweifel in der Bevölkerung wären, ob dies auch eine richtige Politik ist. Die Schlussfolgerungen aus dieser Lage sind für ihn und die NATO klar: Europa müsse erwachsen werden und Deutschland seinen Militäretat verdoppeln. Der soll, so auch die Bundeskanzlerin und die Verteidigungsministerin, auf über 70 Mrd. EUR verdoppelt werden.

Die Wahl Trumps in den USA wirkt für die Aufrüstungsstrategen in Europa wie ein Brandbeschleuniger. Kaum ein Tag vergeht, an dem sich nicht selbsternannte Geostrategen in den Medien über die Notwendigkeit einer militärisch stärkeren EU verbreiten.

Das Udenkbare soll gedacht werden, schreibt der Mitherausgeber der FAZ Berthold Kohler am 28.11.2016 und denkt laut über die notwendige Atombewaffnung der Bundeswehr nach: „Wenn Trump bei seiner Linie bleibt, dann wird Amerika die Verteidigung Europas in einem Maße den Europäern überlassen, die wir seit 1945 nicht mehr kennen.“ Die Folgen sind für ihn klar: Höhere Rüstungsausgaben und „das für deutsche Hirne ganz und gar Udenkbare, die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit, welche die Zweifel an Amerikas Garantien ausgleichen können.“

Frieden statt NATO – Nein zum Krieg!

Diese verhängnisvollen Positionen wird von der Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz am 18. Februar ins Visier genommen. Ein breites Bündnis von nahezu einhundert Organisationen ruft zu dieser Demonstration auf.

Drei Probleme stehen im Mittelpunkt des Ausrufs zur Demonstration: Schluss mit dem Krieg in Syrien, Schluss mit der militärischen Mobilmachung gegen Russland und Schluss mit jeglicher deutscher Kriegsbeteiligung. (...)

Deshalb heißt es im Aufruf zur Demo am 18. Februar gegen die NATO-„Sicherheits“konferenz:

- Wir sagen Nein zur Aufrüstung der Bundeswehr, zur Produktion von Kriegswaffen und zu Rüstungsexporten.
- Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an die Türkei, an Saudi-Arabien und Katar! Die Milliarden für Rüstung und Krieg müssen für soziale Zwecke verwendet werden.
- Atomwaffen raus aus Deutschland! Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen.
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Raus aus der NATO und den Militärstrukturen der EU.
- Auflösung aller US- und NATO- Militärlagerstätten.
- Bundeswehr abschaffen.
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmanövern noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland. Solidarität mit den Flüchtlingen. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und den von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Ländern. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Schutzsuchenden brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.

Kommt zur Demonstration gegen die Tagung der NATO-Kriegsstrategen am Samstag, 18. Februar 2017 in München!

(leicht gekürzt aus kommunisten.eu)

(...) Fortsetzung „Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler“ von Seite 1

Das Ganze klingt erst einmal harmlos, aber ist in Wirklichkeit ein Angriff auf die Gesamtschulen, insbesondere die IGS Geismar in Göttingen. In der Begründung schreibt die SPD worum es ihr geht, wenn sie sagt, die Verteilung der Schüler sei ungerecht. Über das Losverfahren schreiben die SPD-Genossen: „Die Kriterien, die derzeit im Losverfahren Anwendung finden, sehen sog. Leistungsgruppen vor. Deren Größe wird derzeit von den Gesamtschulen nach der Gesamtzahl aller Schülerinnen und Schüler im 4. Jahrgang bemessen, die sich an den weiterführenden Schulen anmelden. Das führt dazu, dass auch Schülerinnen und Schüler, die sich an einem Gymnasium und gar nicht an einer Gesamtschule anmelden, Anteil an der Bildung der Leistungsgruppen

für die Gesamtschulen haben.“ Und als Ergebnis dieses Verfahrens weiter „So gibt es im gemeinsamen Schulbezirk eine Gesamtschule, die sich in den 5. Jahrgängen regelmäßig mit einem Anteil von nahezu 70 Prozent von Kindern aus den leistungsstärkeren Gruppen zusammensetzt. An anderen Gesamtschulen liegt der Anteil bei gerade einmal ca. 10 Prozent.“

Das Problem ist real, nur der Lösungsansatz der Sozialdemokraten ist meiner Meinung nach falsch. Sie wollen die Gesamtschulen mit größeren Anteil „leistungsstärkeren Gruppen“ dazu bewegen (oder gar zwingen?) weniger Schüler aus den leistungsstärkeren Gruppe aufzunehmen, damit diese auf

unterschiedliche Gesamtschulen verteilt werden. Was auf den ersten Blick logisch erscheint, ist nicht logisch, sondern ein Angriff auf die Konzeption der Gesamtschulen. Was getan werden müsste, wenn eine Gesamtschule eröffnet, muss bei den Gymnasien verkleinert werden. Das hören die konservativen Politiker ungern. Damit die Gesamtschulen nicht zur Abstellgleis für leistungsschwache Schüler wird. Und natürlich bin ich als Kommunist für die Abschaffung der dreigliedrigen Schulsystem in Niedersachsen, hin zur einer polytechnischen „Schule für Alle“.

Jedenfalls: wer von Gymnasien nicht spricht, soll von Gesamtschulen und eine Schule für alle schweigen.